

Der



informiert

Kita Pfalzel im Stadtrat - Kostenerhöhung für Container

Am 05.06.2020 haben wir bereits über die vierte Kostenfortschreibung für die Auslagerungskosten der Einrichtung in Containern berichtet. In der letzten Sitzung des Stadtrates vor der Sommerpause am 15.07.2020 wurde dies unter TOP 4 besprochen und beschlossen.

Ratsmitglied Andreas Schleimer führte dazu aus: "Vor fünf Jahren musste die Kita in das Containerdorf ausgelagert werden, weil im ehemaligen Gebäude Schimmel festgestellt wurde."

Diese Darstellung ist extrem verkürzt und dadurch unvollständig. Bereits am 19.06.2015 meldete der TV, dass auf Empfehlung des Gesundheitsamtes in vier Räumen der Kita wegen der Höhe der dortigen Konzentration von Schimmelsporen keine weitere Betreuung von Kindern erfolgen sollte. 38 Kinder wurden danach im örtlichen Jugendheim betreut. 60 Kinder verblieben in der Kita, da in den restlichen Räumen die Belastung als unbedenklich erachtet wurde.

Als am 06.10.2015 der Stadtrat die Auslagerung beschloss, waren Bistum und Stadt Trier sich einig, auf diesem Gelände einen Neubau zu errichten. Es wurden zugleich Vorplanungskosten von 96.000 € beschlossen. Der Zeitplan für den Neubau war ambitioniert, da man hohe Zuschüsse einkalkuliert hatte, die eine Fertigstellung vor Ende 2018 zur Bedingung hatten. Auch aus diesem Grunde war die Einrichtung zu räumen. Die Anmietung der Container war auf diesen vorgesehenen Ablauf hin für drei Jahre geplant.

Den Grund der bisher eingetretenen Verzögerungen sah Schleimer in erster Linie bei Widersprüchen von Unternehmen aus dem Trierer Hafen, die den Planungsprozess deutlich ausgebremst hätten.

Wir haben auf unserer Seite die Entwicklung minutiös nachgezeichnet. Und daraus ergibt sich ein anderes Bild. Daher hier noch einmal im Zusammenhang die Ereignisse oder Aktionen, die dazu führten, dass wir bis heute nicht wissen, wann mit einem Baubeginn zu rechnen ist.

- Die Mutter aller Verzögerungen war die einseitige Entscheidung von Bistum und Pfarrgemeinde Pfalzel, einen Neubau auf dem Altgelände in der Stiftstraße nicht zuzulassen. Verkündet wurde dies in der Sitzung des Ortsbeirates Pfalzel am 27.01.2016 durch Frau Andrea Reitz, der zuständigen Leiterin bei der Kita gGmbH. Die Bauträgerschaft ging dadurch vom Bistum auf die Stadt Trier über. Alle bisherigen Planungen und Überlegungen waren umsonst.

- Frau Reitz hatte ein Wunschgrundstück gegenüber dem Pfälzeler Friedhof vor Augen. Klar war von Anfang an, dass hier infolge des vorhandenen Hochwasserschutzes nur gebaut werden darf, wenn kein anderes geeignetes Grundstück zur Verfügung steht und zudem die SGD Nord eine Ausnahme genehmigt. Folge war eine zeitaufwendige Suche nach weiteren Grundstücken im Ort.
- Am 22.06.2016 erfolgte eine Besprechung unter Leitung von Frau Birk. Das Grundstück am Friedhof wurde als einzige Lösung gesehen. Dadurch, dass der Sportverein Pfalzel weitere Flächen aufgab, stand nun auch wirklich ein größeres Gelände als in der Stiftstraße zur Verfügung.
- Das Baudezernat ging ursprünglich davon aus, ein bestehender Bebauungsplan für die dortigen Sportstätten decke auch die Errichtung einer Kita ab, musste dann aber einsehen, dass ein weiterer Bebauungsplan erforderlich war. Die damit verbundenen rechtlichen Vorgaben sind bekannt. Er ist auszulegen, Stellungnahmen von Bürgern und Institutionen können eingereicht werden. Entsprechende Fristen sind vorgegeben. Die erste öffentliche Auslegung begann am 07.07.2017, eineinhalb Jahre nach der denkwürdigen Sitzung des Ortsbeirates Pfalzel. Stellungnahmen erfolgten durch die IHK, den Zweckverband, die Hafengesellschaft und Firmen aus dem Hafengebiet. Auch wir haben, nachdem wir zuvor schon mehrfach unsere Bedenken gegen diesen Standort vorgetragen hatten, zwei Stellungnahmen abgegeben. Mit Mail von 17.11.2017 hat uns Frau Birk mitgeteilt, dass Stadtvorstand und Mitglieder des Stadtrates die Kritik an dem Standort als nicht gerechtfertigt einstufen und man keinen Anlass für neue Standortüberlegungen sieht.

Fazit: Das Verfahren zur Erstellung eines Bebauungsplans war zwingend durchzuführen. Die Stadt hat die Einwendungen zur Kenntnis genommen und nicht berücksichtigt. Änderungen an der Planung erfolgten in keiner Weise. Die Stellungnahmen haben die Entwicklung um keinen einzigen Tag verzögert.

Unter TOP 12.4 wurde eine Anfrage der UBT-Fraktion durch Frau Bürgermeisterin Garbes beantwortet.

Die wesentliche Frage war:

Welche Planungs- und Baukosten wurden zur **Sanierung** der KITA St. Adula ursprünglich beschlossen?

Wie haben sich die Kosten seitdem verändert?

Die Antwort von Frau Garbes ist genial. Bezüglich der ursprünglichen Kosten bezieht sie sich auf Vorlage 92/2019, in der - nachdem endlich eine Vorstellung

über das zu errichtende Gebäude vorlag - die Kosten für den **Neubau** erstmals mit etwas mehr als 6 Mio. € beziffert worden sind. Dass es seither keine Fortschreibungen gab, versteht sich von selbst.

Wir erinnern uns aber, dass man mal von einer Fertigstellung vor Ende 2018 ausgegangen ist. Und wir erinnern uns auch, wonach die UBT fragte, nämlich den ursprünglich für eine Sanierung geplanten Kosten. Und das waren ganze 1,7 Mio. €.

Zuletzt ein Dank für den Hinweis von Herrn Schleimer am Ende seines Beitrags. Danach ist die wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung der SGD Nord erst Anfang dieses Jahres durch die Stadt Trier beantragt worden und liegt offenbar noch nicht vor.

Uns fehlen die Worte. In unserem ersten Schreiben haben wir auf das Problem des Hochwasserschutzes verwiesen. Die Stadt ließ uns wissen, man kenne es. Die SGD Nord habe eine Ausnahmegenehmigung in Aussicht gestellt. Und dann wird diese nicht unverzüglich beantragt, sondern erst vier Jahre später? Man kann die Aussage Schleimers, dass dies ein klares Licht darauf werfe, mit welcher Priorität dieses Projekt betrieben wird, nur unterstreichen.

Wie soll man da glauben, die Vergabe der Gewerke sei in vollem Gange? Wer würde dies verantworten, wenn die wichtigste Voraussetzung zur Bebauung dieser Flächen nicht vorliegt? Hoffen wir im Interesse der Kinder, dass uns hier keine weiteren Überraschungen ins Haus stehen. Die neuen, aus dem Gesetz zur Verbesserung des Hochwasserschutzes aus dem Jahr 2005 resultierenden Hochwasserschutzzonen machen es der SGD Nord nicht gerade leichter, hier überhaupt noch Ausnahmegenehmigungen zu erteilen.

Als die Pfarrgemeinde Pfalzel signalisierte, das Grundstück Stiftstraße zu veräußern, haben wir mehrfach angeregt, die Stadt Trier solle es erwerben und den ursprünglich dort geplanten Neubau selbst errichten. Er könnte längst dort stehen. Bis heute verstehen wir nicht, dass man mit aller Gewalt und entgegen allen Argumenten den Standort Hans-Adamy-Straße durchboxte.

Wer die Sitzung des Stadtrates verfolgen möchte, kann hier die Aufzeichnung des offenen Kanals Trier einsehen:

<https://ok54.de/archiv/7631>

TOP 4 beginnt bei 17:00, TOP 12.4 bei 35:30 Minuten